

# Rheinsberger Zeitung

Amfliches Veröffentlichungsblatt der Stadt Rheinsberg

### Bezugs-Preis

In unserer Geschäftsstelle sowie bei den Abholstellen und beim Bezuge durch die Post 0,90 Mark. Durch den Briefträger oder durch Boten frei ins Haus gebracht 1,00 Mark.

Für die Schriftleitung verantwortlich  
Carl Thurmman



Druck und Verlag  
E. Thurmman Buchdruckerei,  
Rheinsberg.

### Anzeigen

Für dieses Dienstag, Donnerstag und Samstag erscheinende Blatt werden mit 0,20 Mark für die 6-spaltige Zeile oder deren Raum berechnet und bis vormittags 10 Uhr vor jedem Erscheinungstage erbeten.

Nr. 33

Fernsprecher

Sonnabend, den 18. März 1933.

Nummer 37

39. Jahrgang

## MacDonalds Vermittlung

Berlin, 17. März.

Der englische Ministerpräsident Macdonald, von dem es in den letzten Tagen hieß, er sei befristet, die Abrüstungskonferenz in Genf, die wieder einmal völlig festgefahren ist und aus eigener Kraft einen Ausweg nicht zu finden vermag, zu retten, hat nunmehr von zwei Seiten den Hebel angelegt. Einmal hat Macdonald dem Hauptauschuß einen Entwurf für eine entsprechende Lösung der Abrüstungsfrage vorgelegt, und zum anderen hat er sich entschlossen, dem italienischen Regierungschef Mussolini in Rom einen Besuch abzustatten.

Was den englischen Kompromißvorschlag betrifft, der jetzt den Hauptauschuß beschäftigt, enthält er in der Hauptsache eine Zusammenfassung von Einzelvorschlägen, die schon früher und auch von anderen Delegationen schon gemacht worden sind. Macdonald will die Abrüstungskonferenz in zwei Abschnitte zergliedern, deren erster sich über einen Zeitraum von fünf Jahren erstrecken und den Ausgangspunkt für eine endgültige Abrüstung und endgültige Gewährleistung der Sicherheit bilden soll, über die man dann im zweiten Abschnitt verhandeln will.

Im einzelnen soll der erste Konferenzabschnitt stärkere Materialerhebungen bringen, eine vollständige Abschätzung der Militär- und der Marineausgaben dagegen nicht enthalten, wohl aber soll in diesem Zeitraum eine Begrenzung der Militärausgaben durchgeführt werden. Ueber die Regelung der Flottenfrage enthält der Entwurf bereits ins Einzelne gehende Bestimmungen, während er die mit der Herabsetzung der Effektivbestände der Landheere zusammenhängenden Fragen ziemlich allgemein behandelt.

Die Gewährleistung der Sicherheit in Europa soll dann durch die Vereinfachung der Heeresstypen, durch die Konsolidierung der Abrüstung und eine Nichtaufrüstungsklausel für die Zukunft der vorweg abgerufenen Mächte gewährleistet werden. Vom preußischen Standpunkt aus ist demgegenüber nachdrücklich darauf hinzuweisen, daß das erste Erfordernis der Gewährleistung der Sicherheit in Europa die Wiederherstellung der Rechtsgleichheit ist! Konzeptionen an Frankreich sind zwecklos, weil Frankreichs Politik grundsätzlich noch immer von der falschen Annahme ausgeht, daß der Frieden in Europa durch den Schutz der Versailles-Verträge gesichert werden könnte.

Für die weitere Entwicklung der Dinge kommt dem Besuch des englischen Ministerpräsidenten in Rom größte Bedeutung zu. Wie man hört, wird Macdonald während seines Besuchs in Rom vom englischen Außenminister Sir John Simon und von seiner Tochter Isabel begleitet sein. Die Ankunft in Rom erfolgt Sonnabend. Im Verlaufe dieses Besuchs sollen die englischen Staatsmänner vom italienischen König und auch vom Papst empfangen werden.

Daß die Presse für diese Reise sich sehr interessiert, ist selbstverständlich, zumal der französische Ministerpräsident Daladier nach der Veröffentlichung der Einladung zum Vertrags nach Genf geht. So sind denn auch die englischen Zeitungen durchweg der Ansicht, daß die erste persönliche Begegnung Macdonalds und Sir John Simons mit Mussolini ein Ereignis von großer und möglicherweise entscheidender Bedeutung nicht nur für die Abrüstungsfrage, sondern auch für die künftige Entwicklung der europäischen Beziehungen ist.

In welcher Richtung sich man diese Entwicklung denkt, offenbart die Londoner konservativ „Morning Post“, die schreibt, seit der Ankunft in Genf habe Macdonald einen tiefen Eindruck von dem Ernst der Weltlage empfunden. In Rom werde er den Duce fragen, ob dieser bereit sei, mit England und anderen Ländern zusammenzuarbeiten, um den europäischen Frieden zu sichern. Dies komme nicht auf ein festes Bündnis zwischen Italien und England hinaus, aber man hoffe, daß beide Länder den Kern einer Gruppe von Staaten bilden werden, die auf den europäischen Frieden hinarbeiten. Weshalb meint der „Daily Telegraph“, daß Mussolini und Macdonald sich auf eine gemeinsame Formel einigen würden, die sich besähe auf die Zusammenarbeit zwischen a) Ländern, die sich ungerecht behandelt fühlen, b) Ländern, die Begegnnisse hätten, und c) Ländern, die hilfsbereit seien.

Natürlich werde bei einem solchen Plan, betont das Blatt weiter, die Mitarbeit Frankreichs gesucht werden. Aus diesem Grunde habe der Premierminister den Wunsch ausgedrückt, daß Frankreich in jede Formel zur Sicherung des europäischen Friedens einbezogen werde, wie man auch in britischen amerikanischen Kreisen in Genf betone, daß die italienische Reise Macdonalds nicht so aufgesetzt werden dürfe, als ob der Premierminister die Unterstützung Italiens auf Kosten Frankreichs erlangen wolle.

Diese Verbeugung vor Frankreich kann den Zweck haben, Paris, das die Reise Macdonalds nach Rom bereits zum Anlaß nahm, um die „Zufälligkeit“ Macdonalds als „Schiedsrichter“ anzusprechen, zu befähigen. Denn daß Macdonald nicht wissen sollte, daß ein fester Staatenbund für eine Zusammenarbeit erst dann vorhanden ist, wenn auch Deutschland dazu gehört, ist nicht anzunehmen.

Der Wille des deutschen Volkes, die Gleichberechtigung zu erkämpfen, ist eifern und unerschütterlich! Andererseits hat auch Mussolini zu oft schon den Beweis erbracht, daß er die wahren Gründe der europäischen Krise zu genau kennt, als daß auch nur zur befürchten ist, daß Mussolini um den Preis eines Flottenabkommens mit Frankreich von seiner alten Linie abweichen könnte, die darauf hinausläuft, Europa durch eine Politik der Reduktion zu befrachten.

Uebrigens hat der italienische Vertreter in Genf, Baron Aloisi, der in Vorbereitung des englischen Besuchs inzwischen von Genf nach Rom gefahren ist, vor seiner Abreise noch eine Unterredung mit dem deutschen Botschafter Radolung gehabt, bei der selbstverständlich die Zusammenkunft Macdonalds mit Mussolini erörtert worden ist.

## Rabinett und Arbeitsbeschaffung

Bisher Anträge über 300 Millionen Mark bewilligt.

Berlin, 17. März.

Der Kabinettsauschuß, der in der Rotverordnung des Reichspräsidenten über Maßnahmen zur Förderung der Arbeitsbeschaffung vom 15. Dezember 1932 eingeleitet worden ist, und der sich laufend mit den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zu befassen hat, wird voraussichtlich noch in dieser Woche zu einer Sitzung zusammenreten, um sich über die neuen Vorschläge zur Arbeitsbeschaffung schlüssig zu werden.

Wie weiter mitgeteilt wird, erreichen die bisher bewilligten Anträge aus dem Sofortprogramm in dieser Woche voraussichtlich noch den Betrag von 300 Millionen Mark.

Man versteht nicht recht, wie in der Deffektivität trotzdem noch gewisse Leuerungen auftreten können, daß die Sache mit dem Sofortprogramm nicht schnell genug vor sich geht. Die Fachpresse ist ganz anderer Ansicht und stimmt über die rasche Abwicklung, die in der Tat nur durch eine ganz erlaubliche Arbeitsleistung seitens der Kreditinstitute möglich war, da es sich um viele Hunderte von Einzelanträgen ganz verschiedener Größenordnung handelt.

## Die Arbeit der Gewerkschaften

Eine Erklärung des bayerischen Staatskommissars Wagner.

München, 17. März.

Der Kommissar für das bayerische Innenministerium, Adolf Wagner, äußerte sich gegenüber dem Pressevertreter über die Frage der Fortführung der Arbeit der Gewerkschaften. Der Staatskommissar betonte ausdrücklich, daß die Arbeiter-Organisationen nicht gestört werden sollten. Er hoffe, daß die Arbeit in den Dienststellen der Gewerkschaften bald wieder aufgenommen werden könne. Es müßte dafür getreut werden, daß die Interessen der Arbeiter gewahrt werden. Er werde die Gewerkschaften schützen und dafür sorgen, daß kein Lebergriff mehr vorkomme. Aber er verlange auch, daß die Gewerkschaften sich in feiner Weise politisch, d. h. im marxistischen Sinne, betätigen. Die Gewerkschaften hätten sich auf das Gebiet zu beschränken, wo sie hingehörten.

## Die Gewerkschaften zur Mitarbeit bereit

Auf der Generalversammlung des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter in Königsmünster sprach der Vorsitzende des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, Bernhard Otte, über das zukünftige Schicksal der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Er erklärte, nichts sei trüger, als von Verbänden der Gewerkschaften zu reden. Auch die neuen Nachhörer hätten erkannt, daß man Einrichtungen, die organisch aus dem Volkselement herausgewachsen seien, und Bewegungen, die weltanschaulich verankert seien, nicht ausrotten könne. In der gegenwärtigen Revolution käme nicht allein die Unzufriedenheit mit den staatspolitischen Verhältnissen zum Ausdruck, sondern auch der Wille von Millionen, zu einer besseren Wirtschafts- und Sozialordnung zu kommen. Daß bei der Zukunftsgestaltung gerade die Gewerkschaftsbewegung maßgebenden Anteil haben werde und müsse, sei klar.

Die Gewerkschaften wollten auch in Zukunft mitarbeiten an der Neugestaltung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse. Ihr Ziel bleibe nach wie vor, zu arbeiten an der wirtschaftlichen, geistigen und sittlichen Hebung des Arbeiterlandes, aber gleichzeitig auch dem Volksganzen und dem Vaterlande zu dienen.

## Bochumer Gewerkschaftshaus wieder frei

Die Gewerkschaftsgebäude sind von der SA, unter der Bedingung freigegeben worden, daß ausschließlich sozialpolitische Arbeit von den Gewerkschaftsangehörigen für die Arbeiterchaft geleistet wird. Für diese Arbeiten wird ein Überwachungskommissar eingesetzt. Das Werkstatthaus, das Heim der Naturfreunde und das Heim der Sozialistischen Arbeiterjugend bleiben noch besetzt.

## Staatsrat abgesagt

Auf Wunsch des Reichskommissars von Papen.

Berlin, 17. März.

Der preussische Staatsrat hatte die Absicht, am 21. März eine Sitzung abzuhalten, auf der einige wenig belangreiche Angelegenheiten erledigt werden sollten.

Der Reichskommissar für Preußen, Bizekanzler v. Papen, hat an den Präsidenten des Staatsrats, Dr. Adenauer, das Ersuchen gerichtet, die gestante Sitzung ausfallen zu lassen, da diese infolge der politischen Ereignisse überflüssig geworden sei und überdies die Tagesordnung dieser Sitzung zu klein sei, um die Einberufung verantworten zu können.

Dr. Adenauer hat daraufhin an die Mitglieder des bisherigen Staatsrates ein Rundschreiben gerichtet, in dem er mitteilt, daß er nach reiflicher Überlegung und da dringende Beratungsgegenstände nicht vorliegen, dem Ersuchen des Reichskommissars stattgegeben und die Sitzung für den 21. März und die folgenden Tage abgibt.

## Die Haltung der SPD.

Die sozialdemokratische Reichsfraktion wird bei ihrem ersten Zusammentritt am Montagmorgen auch über die Frage der Beteiligung der Fraktion am Staatsrat in der Potsdamer Garnisonstraße Bescheid lassen. In parlamentarischen Kreisen nimmt man an, daß die Fraktion an den Potsdamer Feiertagen nicht teilnimmt. Dagegen wird sie zur eigentlichen Reichstagsersitzung in der Krolloper erscheinen.

## Polizeiaktion in Tirol

Auflösung des sozialdemokratischen Republikanismus Schwabens.

Innsbruck, 17. März.

Die im Laufe der Nacht zum Donnerstag vorgenommenen Hausdurchsuchungen durch Militär und Polizei in den sozialdemokratischen Gebäuden haben zwar weniger Waffensunde gebracht, jedoch wurde zahlreiches Schriftmaterial beschlagnahmt.

Auf Grund dieses Materials verfügte die Tiroler Landesregierung die sofortige Auflösung der Landesorganisation des Republikanismus Schwabens. Es wurden u. a. auch vorbereitete Aufzüge vorgefunden, die auf Verbrechen des Aufstandes und des Hochverrats hinwiesen.

In der Entscheidung der Landesregierung heißt es, aus dem beschlagnahmten Material geht hervor, daß der Republikanismus Schwabens in Tirol die Verbindung mit dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold zu staatswidrigen Zwecken aufgenommen habe. In der Nähe der Stadt auf der Hungerburg wurde auch ein Geheimender der sozialdemokratischen Partei entdeckt. Ferner wurde das sozialdemokratische Gewerkschaftshaus in der Nähe des Hauptbahnhofs durch Militär und Gendarmen besetzt und eine Hausdurchsuchung vorgenommen, wobei die umliegenden Straßen abgeperrt wurden.

## Zusammenstoß in Niederösterreich.

Der Republikanismus Schwabens hat die Höhen um die Stadt Waidhofen an der Ybbs, einer Industriegegend in Niederösterreich, besetzt. Der örtliche Heimatschutz zog Verstärkungen aus Umstetten heran, und es entwickelte sich ein Feuergefecht, das eine volle Stunde andauerte und mit dem Rückzug des Schwabens endete. In den Vormittagsstunden trat Gendarmen in Waidhofen ein und stellte die Ruhe wieder her. Es hat weder Tote noch Verwundete gegeben. Ein Teil der Schwabens wurde festgenommen und entwaffnet. Man fand bei ihnen Schusswaffen, Handgranaten und Sprengmittel, die ihnen abgenommen wurden.

## Flaggenparade in Kiel

Feierliche Hißung der neuen Reichstriebsflagge.

Kiel, 17. März.

Auf sämtlichen Kriegsschiffen der Reichsmarine wurde am Donnerstag früh im Rahmen einer großen Flaggenparade die neue durch den Erlass des Reichspräsidenten angeordnete Reichstriebsflagge Schwarz-Weiß-Rot mit dem Eisernen Kreuz in der Mitte zum ersten Male gehißt. In kurzen Ansprachen gaben die Kommandanten der Schiffe den Erlass des Reichspräsidenten an die Wehrmacht bekannt und wiesen dabei auf die Bedeutung des Tages hin.

Auf dem Kaiserhof Kiel-Wik fand ebenfalls eine feierliche Flaggenparade statt, zu der die 1. Matrosenartillerieabteilung eine Ehrenkompanie gestellt hatte. Der stellvertretende Stationschef, Konteradmiral Schulz, führt die Ehrenkompanie ab und verlas den Flaggenerlass des Reichspräsidenten. Unter den Klängen des Marsches der Flaggenparade wurde darauf die neue Kriegsflagge auf sämtlichen Dienstgebäuden der Reichsmarine sowie auf den Flaggenmasten am Ghinakampfer-Dental gehißt.

Auch in Emden und Wilhelmshaven wurde die neue Reichstriebsflagge feierlich gehißt.